



# PRESSEMELDUNG

Bundesarbeitsgemeinschaft  
Immobilienwirtschaft  
Deutschland

## Neubaumotor starten – Bund, Länder und Kommunen müssen Bündnisergebnisse jetzt umsetzen

**Berlin** – "Die Instrumente für mehr bezahlbaren Wohnungsneubau in den deutschen Ballungszentren liegen auf dem Tisch. Jetzt darf die Umsetzung nicht mehr auf sich warten lassen", erklärte Axel Gedaschko, Vorsitzender der BID und Präsident des GdW, anlässlich des Berichtes der Bundesregierung zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen und zur Wohnungsbau-Offensive im Bundeskabinett.

Der Bund muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und insbesondere alle Regelungsvorschläge des Bündnisses zügig umzusetzen, die ohne komplizierten Gesetzgebungsprozess sofort angegangen werden können. Dazu zählen Deregulierungsvorhaben wie die Einführung einer einheitlichen Musterbauordnung und die Überarbeitung der Baunutzungsverordnung. Darüber hinaus müsse die KfW-Förderung im Bereich des Wohnungsneubaus dringend verbessert werden. Zudem sollte die geplante Sonderabschreibung für Wohnungsneubauten in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten zügig umgesetzt werden, um so viele Investoren wie möglich zu motivieren, sich am Wohnungsneubau zu beteiligen. Alternativ muss es außerdem eine gleichwertige Investitions-Zulagenregelung für die Investoren geben, die steuerliche Sonderabschreibungen nicht nutzen können. Länder und Kommunen sind gefordert, die Steuerspiralen zu stoppen und unbürokratisch passendes Bauland bereitzustellen.

Der BID-Vorsitzende machte deutlich, dass jetzt alle Fachressorts gefragt sind: Die Bundesregierung muss die Bündnisergebnisse ernst nehmen, und zwar über einzelne Ministerien hinaus. Eine erste Nagelprobe wird die Neukonzeption der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums sein. Ebenso muss auch die Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 mit Augenmaß angegangen werden. Der derzeitige Entwurf aus dem Bundesbauministerium enthält Maßnahmen, die die Ergebnisse des Bündnisses wieder auf den Kopf stellen", so Gedaschko.

### Die zehn Forderungen der BID:

#### Forderungen an die Bundesregierung

1. Überarbeitung der Baunutzungsverordnung hinsichtlich Aufstockung, Nachverdichtung und Durchmischung
2. Umsetzung einer bundeseinheitlichen Musterbauordnung
3. Neukonzeption/ Zusammenführung der Energieeinsparverordnung und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes
4. Normungswesen auf den Prüfstand stellen

#### Forderungen an Bund/Länder

5. Erhöhung der linearen AfA auf mindestens 3 Prozent

#### Forderungen an Bund/Länder/Kommunen

6. Vergünstigte Bereitstellung von Bauland und Grundstücken der öffentlichen Hand unter Voraussetzung der Konzeptqualität Forderungen an die Länder
7. Senkung der Grunderwerbsteuersätze

#### Forderungen an die Kommunen

8. Genehmigungsverfahren beschleunigen
9. Senkung der Grundsteuer
10. Bezahlbares Bauen zur Chefsache erklären/Wohnungsbaubeauftragten etablieren

---

In der **BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland** arbeiten die Verbände **BFW, DDIV, GdW, IVD, vdp**, und **ZIA** zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger Immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter [www.bid.info](http://www.bid.info).

**Online-Redaktion:**

BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland c/o GdW e.V.,  
Mecklenburgische Straße 57, 14197 Berlin  
Redaktion: K. Burkardt, F. Geyder  
E-Mail: [presse@bid.info](mailto:presse@bid.info), Homepage: [www.bid.info](http://www.bid.info)

Möchten Sie zukünftig keine Pressemeldungen mehr erhalten, löschen Sie sich über folgenden Link [aus der Datenbank](#). Haben sich Ihre Kontaktdaten geändert, teilen Sie uns dies gerne mit oder nehmen die [Aktualisierungen](#) [hierrüber selbst vor](#).

